

Allgemeine Einkaufsbedingungen

Conditions générales d'achat

General purchase conditions

SKAN AG, Kreuzstrasse 5, 4123 Allschwil, Switzerland, T +41 61 485 44 44, info@skan.ch

SKAN Stein AG, Rüchligstrasse 296, 4332 Stein, Switzerland, T +41 62 873 18 41, info.stein@skan.ch

Contents, design and layout of this documentation are subject of intellectual property rights of the SKAN Group. Each not authorized using, copying, disclosure or distribution, in its entirety or partially to any third person, is prohibited. Every detected infringement of the rights of the SKAN Group will get prosecuted.

1. Anwendungsbereich und Geltung

Die nachfolgenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen (AEB) gelten für alle Geschäfte der SKAN AG sowie der SKAN Stein AG (nachfolgend Bestellerin genannt), soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist. Insbesondere regeln diese AEB Abschluss, Inhalt und Abwicklung von Kauf-, Werk- Dienstleistungs- und Einkaufsverträgen der Bestellerin.

Diese AEB gelten als angenommen, wenn der Lieferant der Bestellerin ein Angebot einreicht oder ein Auftrag der Bestellerin vom Lieferanten schriftlich bestätigt wird. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Lieferanten sind wegbedungen.

2. Vertragsabschluss

Das Angebot des Lieferanten ist während der in der Anfrage oder im Angebot genannten Frist verbindlich. Fehlen entsprechende Angaben, bleibt der Lieferant vom Datum des Angebotes an während 3 Monaten daran gebunden.

Weicht das Angebot von der Anfrage ab, so weist der Lieferant die Bestellerin ausdrücklich darauf hin.

Bestellungen sind nur verbindlich, wenn sie schriftlich erteilt werden. Die Auftragsbestätigung ist der Bestellerin innerhalb von drei Werktagen nach Bestelldatum zuzustellen.

Der Vertrag gilt mit dem Zugang der schriftlichen Auftragsbestätigung des Lieferanten bei der Bestellerin bzw. mit Zugang der schriftlichen Bestätigung der Bestellerin beim Lieferanten, dass sie sein Angebot annimmt, als abgeschlossen. Anderslautende Bedingungen des Lieferanten zum Vertragsinhalt haben nur Gültigkeit, soweit sie von der Bestellerin ausdrücklich und schriftlich angenommen worden sind.

Alle Vereinbarungen und rechtserheblichen Erklärungen der Vertragsparteien bedürften zu ihrer Gültigkeit der Schriftform.

3. Umfang der Lieferungen und Leistungen

Die Lieferungen und Leistungen des Lieferanten sind in der schriftlichen Auftragsbestätigung bzw. in dem vom Lieferanten unterbreiteten Angebot aufgeführt.

4. Vorschriften im Bestimmungsland und Schutzrichtungen

Der Lieferant hat die Bestellerin spätestens in seinem Angebot bzw. in seiner Auftragsbestätigung auf die Vorschriften und gesetzlichen Rahmenbedingungen aufmerksam zu machen, die sich auf die Ausführung der Lieferungen und Leistungen beziehen.

Darüber hinaus sind bei ausführenden Tätigkeiten durch Mitarbeiter des Lieferanten geltende Krankheits- und Unfallverhaltensvorschriften zu nennen.

Werden keine Vorschriften und gesetzlichen Rahmenbedingungen bezüglich der Lieferung und Leistungen vom Lieferanten genannt, so gelten die gesetzlichen Vorgaben am Sitz der Bestellerin.

5. Ausführung

Der Lieferant informiert die Bestellerin regelmässig über den Fortschritt der Arbeiten und holt insbesondere alle erforderlichen Vorgaben ein. Der Lieferant zeigt der Bestellerin sofort alle Umstände an, welche die vertragsgemässe Erfüllung gefährden könnten.

Ist für die Ausführung das Betreten eines Standortes der Bestellerin nötig, hält der Lieferant die betrieblichen Vorschriften der Bestellerin ein, insbesondere die Sicherheitsbestimmungen, die ihm auf Verlangen ausgehändigt werden.

6. Beizug von Dritten

Der Lieferant darf Subunternehmer, die Leistungen für ihn gegenüber der Bestellerin ganz oder teilweise erbringen, nur mit vorgängiger schriftlicher Genehmigung der Bestellerin beiziehen. Der Lieferant bleibt gegenüber der Bestellerin für das Erbringen der Leistungen verantwortlich.

Die Bestellerin kann den Lieferanten zum Beizug eines bestimmten Subunternehmers verpflichten. In diesem Fall trägt die Bestellerin die Folgen für dessen mangelhafte Leistungen, wenn der Lieferant beweist, dass er den Subunternehmer richtig eingesetzt und gehörig beaufsichtigt hat.

Der Lieferant gibt auf Verlangen der Bestellerin seine Unterlieferanten bekannt.

7. Vergütung

Der Lieferant erbringt die Leistungen zu Festpreisen oder nach Aufwand mit oberer Begrenzung der Vergütung (Kostendach). Er gibt in seinem Angebot bzw. in der schriftlichen Auftragsbestätigung an die Bestellerin die Kostenarten, Mengengerüst und Kostensätze bekannt. Die Vergütung deckt alle Leistungen ab, die zur gehörigen Vertragserfüllung notwendig sind. Durch die Vergütung abgedeckt sind insbesondere die Fracht- und Versicherungskosten, Kosten für Bankgarantien, Ausfuhr-, Einfuhr-, und Durchfuhrbewilligungen, Installations-, Test- und Dokumentationskosten, die Kosten für eine allfällige erste Instruktion, die Spesen (insbesondere für Verpflegung, Reise und Unterkunft), die Lizenzgebühren, die Transportverpackungskosten, Kosten für Vorrichtungen, Lehren, Werkzeuge usw., welche besonders angefertigt werden müssen, sowie die öffentlichen Abgaben wie Steuern und Zölle.

Wenn nicht anders vereinbart, sind Miet- und Benützungsgelühren für Transport-geräte und vorübergehend eingebaute Komponenten sowie Wiederinstandstellung in der Vergütung inbegriffen. Der Transport erfolgt, wenn nichts anderes vereinbart, auf Rechnung und Gefahr des Lieferanten (Incoterms 2020: DAP). Die Versicherung gegen Transportschäden irgendetwelcher Art obliegt dem Lieferanten.

8. Zahlungsbedingungen

Unter der Voraussetzung ordnungsgemässer Lieferung der Waren sind die Zahlungen von der Bestellerin innert 60 Kalendertagen ab Rechnungsdatum zu leisten. Die Bestellerin behält

sich das Recht vor, fehlerhafte, nicht nachprüfbar Rechnungen zur Berichtigung zu retournieren. Die Zahlungsfrist beginnt mit berichteter Rechnungstellung neu. Bei Vorliegen eines Mangels ist die Bestellerin berechtigt, die Zahlung für den mangelhaften Teil der Lieferung bis zur ordnungsgemässen Erfüllung auszusetzen. Werden Teilzahlungen (Anzahlungen und Abschlagszahlungen) vereinbart, kann die Bestellerin vom Lieferanten auf dessen Kosten Sicherstellungen verlangen.

9. Leistungsänderungen

Der Lieferant informiert die Bestellerin über alle Weiterentwicklungen, die aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen eine Änderung der Leistungen angezeigt erscheinen lassen. Die Parteien können jederzeit schriftlich Änderungen der vereinbarten Leistungen beantragen. Wünscht die Bestellerin eine Änderung, teilt der Lieferant innert 5 Arbeitstagen schriftlich mit, ob die Änderung möglich ist und welche Auswirkungen sie auf die zu erbringenden Leistungen sowie auf die Vergütung und die Termine hat. Die Bestellerin entscheidet innert gleicher Frist, ob die Änderung ausgeführt werden soll. Wünscht der Lieferant eine Änderung, so nimmt die Bestellerin den begründeten Antrag innert gleicher Frist an oder lehnt ihn ab.

Der Lieferant darf einem Änderungsantrag der Bestellerin die Zustimmung nicht verweigern, wenn die Änderung objektiv möglich ist und der Gesamtcharakter der zu erbringenden Leistungen gewahrt bleibt.

Die Leistungsänderung und allfällige Anpassungen von Vergütung, Terminen und anderen Vertragspunkten werden vor der Ausführung in einem Nachtrag zum Vertrag schriftlich festgehalten. Die Anpassung der Vergütung berechnet sich nach den Ansätzen der ursprünglichen Kostengrundlage.

Ohne gegenseitige Vereinbarung setzt der Lieferant während der Prüfung von Änderungsvorschlägen seine Arbeiten planmässig fort.

10. Eigentum an Beistellungen der Bestellerin

Von der Bestellerin beigestellte Materialien, Muster, Zeichnungen, Betriebsmittel wie Prüfgeräte, Lehren und Werkzeuge, bleiben ihr Eigentum und sind (bis zu einem allfälligen Einbau oder Verbrauch) als solches zu bezeichnen und auszuscheiden.

Beistellungen sind beim Eingang durch den Lieferanten eingehend zu prüfen. Sie gelten als mängelfrei, wenn Schäden, Mängel und fehlende Teile der Bestellerin nicht innert 5 Kalendertagen schriftlich gemeldet werden.

Solange die Beistellungen sich beim Lieferanten befinden, hat der Lieferant Beistellungen ohne Kosten für die Bestellerin zu inventarisieren und sorgfältig aufzubewahren, zu warten und auf eigene Kosten zu versichern. Auf Ersuchen der Bestellerin händigt der Lieferant einen schriftlichen Versicherungsnachweis und ein aktualisiertes Inventar mit Angabe des Zustandes der Beistellungen aus.

Die Beistellungen dürfen nur gemäss Vereinbarung verwendet werden. Sofern nicht anders vorgesehen, sind sie nach

Vertragserfüllung unaufgefordert und kostenfrei an die Bestellerin zu retournieren.

11. Lieferfrist

Die Lieferfrist richtet sich nach der vertraglichen Vereinbarung. Die Lieferfrist ist eingehalten, wenn die Lieferung erfolgt ist.

12. Verzug

Bei Nichteinhalten der vereinbarten Termine / Lieferfristen kommt der Lieferant ohne weiteres in Verzug; in den übrigen Fällen nach Mahnung durch die Bestellerin unter Einräumung einer angemessenen Nachfrist.

Ohne Einverständnis der Bestellerin dürfen weder Teil- noch Vorauslieferungen erfolgen.

Jeder sich abzeichnende Verzug durch den Lieferanten ist der Bestellerin unverzüglich unter Angabe der Gründe und der mutmasslichen Dauer der Verzögerung schriftlich bekannt zu geben.

Kommt der Lieferant in Verzug, schuldet er pro Verspätungstag eine Zahlung von 1% der gesamten Vergütung, insgesamt aber höchstens 10% der gesamten Vergütung. Sie ist auch dann geschuldet, wenn die Leistungen vorbehaltlos angenommen werden. Diese Zahlung befreit den Lieferanten nicht von den anderen vertraglichen Verpflichtungen; sie wird aber auf den zu leistenden Schadenersatz angerechnet. Vorbehalten bleiben Selbstverschulden der Bestellerin und höhere Gewalt.

13. Rücktrittsrecht

Die Bestellerin ist berechtigt, vom Vertrag jederzeit ganz oder teilweise zurückzutreten. Ein solcher Rücktritt wird dem Lieferanten von der Bestellerin schriftlich mitgeteilt. Der Lieferant hat in einem solchen Fall lediglich Anspruch auf Entschädigung für nachweislich ausgeführte Arbeiten oder gehabte Aufwendungen sowie eine angemessene Gewinnmarge darauf, sofern ein solcher Rücktritt nicht wegen Nicht- oder Schlechterfüllung des Lieferanten erfolgt. Die Bestellerin ist nur soweit zur Bezahlung von Forderungen gemäss Absatz 13 verpflichtet, als ihr der Lieferant die angefangenen Arbeiten frei von Rechten oder Ansprüchen Dritter überträgt.

14. Weisungen und Mitwirkung

Die Bestellerin hat ein Weisungsrecht. Einmal erteilte Weisungen können abgeändert oder widerrufen werden. Elektronisch erteilte Weisungen sind schriftlichen Weisungen gleichgestellt, sofern sie keine Vertragsänderung darstellen. Blosser Anregungen und Vorschläge der Bestellerin gelten nicht als Weisungen und sind für die ordnungsgemässe Vertragserfüllung unbeachtlich. Die Bestellerin stellt dem Lieferanten alle zwecks Erbringung seiner Leistungen erforderlichen Unterlagen, Informationen, Bewilligungen, Zugangs-, Zutritts- und Benutzungsrechte etc. rechtzeitig und vollständig zur Verfügung.

15. Erfüllungsort

Soweit nicht anders vereinbart, gilt als Erfüllungsort der Standort der Bestellerin.

Der Lieferant legt jeder Sendung einen Versandschein unter Angabe der entsprechenden Bestellnummer bei und stellt alle nötigen Speditionspapiere aus. Wird die Ware nicht direkt zur Bestellerin transportiert, ist ihr eine separate Versandscheinkopie zuzustellen.

Nutzen und Gefahr gehen mit Ablieferung der Ware am Erfüllungsort bzw. mit Prüfung / Abnahme der Ware durch die Bestellerin über. Fehlen die nötigen Begleitpapiere, lagert die Bestellerin den Vertragsgegenstand auf Kosten und Gefahr des Lieferanten.

16. Prüfung und Abnahme

Der Lieferant hat die Lieferungen und Leistungen soweit üblich vor Versand zu prüfen. Verlangt die Bestellerin weitergehende Prüfungen, so sind diese besonders zu vereinbaren. Die Bestellerin prüft die Lieferungen innert 5 Arbeitstagen nach der Ablieferung. Bei Installation durch den Lieferanten beginnt die Frist nach erfolgter Installation. Die Bestellerin hat dem Lieferanten eventuelle Mängel (inkl. nicht vorhandene Zusicherungen) unverzüglich schriftlich zu rügen. Die Zustellung eines Prüfberichtes mit Beanstandungen gilt als Mängelrüge. Der Lieferant hat die ihm mitgeteilten Mängel innerhalb der von der Bestellerin angesetzten Frist auf eigene Kosten zu beheben (Nachbesserung) und die Bestellerin hat ihm hierzu Gelegenheit zu geben.

Hat der Lieferant die allenfalls verlangte Ersatzlieferung oder Nachbesserung nicht oder nicht erfolgreich vorgenommen, kann die Bestellerin nach Wahl Schadenersatz verlangen sowie:

- Einen dem Minderwert entsprechenden Abzug von der Vergütung machen;
- oder vom Vertrag ganz oder teilweise zurücktreten, dies jedoch nur bei erheblichen Mängeln;
- oder die erforderlichen Unterlagen (namentlich den Quellcode) – soweit keine gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen entgegenstehen – herausverlangen und die entsprechenden Massnahmen auf Kosten und Gefahr des Lieferanten selbst vornehmen oder von einem Dritten vornehmen lassen, dies jedoch nur bei erheblichen Mängeln.

Bei Werkverträgen lädt der Lieferant die Bestellerin rechtzeitig zur Abnahmeprüfung ein.

Zeigen sich bei der werkvertraglichen Abnahmeprüfung erhebliche Mängel, so wird die Abnahme zurückgestellt. Der Lieferant behebt festgestellte Mängel unverzüglich auf eigene Kosten und meldet der Bestellerin einen neuen Abnahmetermin. Zeigen sich bei der werkvertraglichen Abnahmeprüfung unerhebliche Mängel, so findet die Abnahme gleichwohl mit Abschluss der Abnahmeprüfung statt. Der Lieferant behebt festgestellte Mängel unverzüglich auf eigene Kosten. Hat der

Lieferant die verlangte Nachbesserung nicht oder nicht erfolgreich vorgenommen, so kann die Bestellerin die hiervoor genannten Behelfe geltend machen.

Über die Abnahme wird ein Protokoll erstellt, das von der Bestellerin und dem Lieferanten oder von ihren Vertretern zu unterzeichnen ist. Darin wird festgehalten, dass die Abnahme erfolgt ist oder dass sie nur unter Vorbehalt erfolgte bzw. Frist für einen neuen Abnahmetermin gesetzt wurde.

Verzichtet die Bestellerin bei werkvertraglichen Leistungen auf eine Abnahmeprüfung, gilt der Vertragsgegenstand mit erfolgreicher Aufnahme des produktiven Betriebs als abgenommen.

17. Gewährleistung / Haftung

Der Lieferant gewährleistet als Spezialist und in Kenntnis des Verwendungszweckes, dass der Vertragsgegenstand die vereinbarten sachlichen und rechtlichen Eigenschaften aufweist und zum vorausgesetzten Gebrauch tauglich ist. Der Lieferant garantiert ausdrücklich, dass er berechtigt ist, den Vertragsgegenstand und die Leistungen an SKAN AG zu liefern und/oder zu erbringen, und dass der Verwendung des Vertragsgegenstandes keine rechtswirksamen Rechte Dritter entgegenstehen.

Sofern nicht in der Vertragsurkunde anders geregelt, verjähren die Mängelrechte innert 2 Jahren ab Ablieferung und Prüfung der Ware bzw., sofern eine Abnahme stattgefunden hat, seit Abnahme der Ware bei Mängeln an beweglichen Sachen und fünf Jahre, wenn die Sache bestimmungsgemäss in ein unbewegliches Werk integriert wurde. Nach der Behebung von gerügten Mängeln beginnen die Fristen für den in Stand gestellten Teil neu zu laufen, sie verlängern sich um maximal ein Jahr über die ursprüngliche Gewährleistungsfrist hinaus. Arglistig verschwiegene Mängel können während zehn Jahren ab Ablieferung und Prüfung der Ware bzw., sofern eine Abnahme stattgefunden hat, seit Abnahme geltend gemacht werden.

Der Lieferant verpflichtet sich, auf schriftliche Aufforderung der Bestellerin, alle Teile der Lieferungen, die infolge schlechten Materials, fehlerhafter Konstruktion oder mangelhafter Ausführung bis zum Ablauf der Gewährleistungsfrist schadhaft oder unbrauchbar werden, so rasch als möglich nachzubessern. Der Lieferant trägt alle Kosten, die aus der Nachbesserung entstehen. Bei nicht oder nicht erfolgreicher Nachbesserung gelten die Behelfe gemäss Ziff. 16 hiervoor.

Ersatzteillieferungen, Wartungs- und Pflegeleistungen des Lieferanten während der Gewährleistungsfrist gelten als Mängelbehebung, sofern der Lieferant nicht das Gegenteil beweist.

18. Nichterfüllung, Schlechterfüllung und ihre Folgen

In allen in diesen Bedingungen nicht ausdrücklich geregelten Fällen der Schlecht- oder Nichterfüllung, die nachweisbar auf ein Verschulden des Lieferanten zurückzuführen sind, ist die Bestellerin befugt, für die betroffenen Lieferungen oder Leistungen dem Lieferanten unter Androhung des Rücktritts für den Unterlassungsfall eine angemessene Nachfrist zu setzen. Verstreicht diese Nachfrist infolge Verschuldens des Lieferanten

ungenützt, kann die Bestellerin vom Vertrag zurücktreten und den darauf entfallenden Anteil bereits geleisteter Zahlungen zurückfordern. Der Lieferant haftet der Bestellerin für sämtliche direkte und indirekte Schäden, die aufgrund seiner Nicht- oder Schlechterfüllung verursacht wurde.

19. Ausschluss weiterer Haftungen

Alle Fälle von Vertragsverletzungen und deren Rechtsfolgen sowie insbesondere alle Ansprüche des Lieferanten sind in diesen Bedingungen abschliessend geregelt. Alle weiteren Ansprüche sind ausgeschlossen. Dieser Haftungsausschluss gilt nicht für Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit der Bestellerin, wohl aber für Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit ihrer Hilfspersonen. Im Übrigen gilt dieser Haftungsausschluss nicht, soweit ihm zwingendes Recht entgegensteht.

20. Investitionsschutz

Der Lieferant gewährleistet der Bestellerin während mindestens 8 Jahren nach Ablauf der Verjährungsfrist für die Mängelrechte die Kompatibilität der Vertragsgegenstände mit Weiterentwicklungen des Lieferanten. Der Lieferant gewährleistet der Bestellerin während mindestens 10 Jahren ab Ablieferung bzw. Prüfung / Annahme der Ware die Lieferung von Ersatz- und Ausbauteilen. Zudem ermöglicht er der Bestellerin vor der Lieferungseinstellung die Deckung des Allzeit-Bedarfs. Abweichende Fristen sind in der Vertragsurkunde vorzusehen.

Der Lieferant wartet und pflegt auf Verlangen der Bestellerin während mindestens 8 Jahren nach Ablauf der Verjährungsfrist für die Mängelrechte die Hardware und Software gemäss den AEB der Bestellerin.

Falls der Lieferant seine Leistungen (infolge Pfändung, drohenden Konkurses, Nachlassverfahrens oder anderen Gründen) nicht mehr selber oder zu gleichen Bedingungen durch Dritte erfüllt oder eine wirtschaftlich gleichwertige Alternative anbietet, kann die Bestellerin die Leistungen selbst erbringen oder durch Dritte erbringen lassen. In diesem Fall ist die Bestellerin ohne weiteres berechtigt, auf den Quellcode oder andere Unterlagen des Lieferanten zu zugreifen und diese zu nutzen, soweit es für die Pflege der Software und die Wartung und den Support der Hardware nötig ist.

Zur Absicherung der Herausgabepflichten aus Gewährleistung oder Pflege der Software kann die Bestellerin jederzeit verlangen, dass die betriebsnotwendigen Unterlagen des Lieferanten auf Kosten des Lieferanten bei einem vertrauenswürdigen Unternehmen oder Dritten oder durch technische Massnahmen geschützt auf einem von der Bestellerin bezeichneten System hinterlegt und auf aktuellem Stand gehalten werden. Diese Bestimmung entbindet den Lieferanten nicht von seiner Leistungspflicht. Dasselbe gilt sinngemäss für Hardware.

Die Ersatzteillieferungen des Lieferanten nach Ablauf der Verjährungsfrist der Mängelrechte sind entgeltlich und erfolgen nach den Ansätzen der ursprünglichen Kostengrundlage beziehungsweise mangels solcher zu konkurrenzfähigen Bedingungen.

21. Umweltschutz

Der Lieferant verpflichtet sich, die am Ort der Leistungserfüllung geltenden Umweltschutzbestimmungen einzuhalten.

22. Exportkontrollen, Zoll- und Außenhandelsdaten

Der Lieferant ist verpflichtet, alle anwendbaren nationalen und internationalen Exportkontroll-, Zoll- und Außenwirtschaftsvorschriften ("Außenwirtschaftsrecht") einzuhalten. Der Lieferant ist verpflichtet, SKAN zusammen mit der Auftragsbestätigung - spätestens zum Zeitpunkt der Lieferung - und zusätzlich im Falle von Änderungen unverzüglich - alle Informationen und Daten in schriftlicher Form zur Verfügung zu stellen, die SKAN zur Einhaltung des Außenwirtschaftsrechts bei Exporten, Importen, Reexporten und Transfers benötigt, insbesondere (i) ggf. korrekte Exportkontrolllistenpositionen, und zwar die Kontrollpositionen in:

für militärische Güter (Güter, besonders konstruiert, angepasst oder geändert für militärische Zwecke):

- Anlage 3 der Schweizer Güterkontrollverordnung (GKV)
- Teil I A der Ausfuhrliste (Exportliste) zur deutschen Außenwirtschaftsverordnung, sogenannte "Ausfuhrlistennummern"
- U.S. Munitions List (USML) - International Traffic in Arms Regulation (ITAR)

für Dual-use-items:

- Anlage 1, 2 der Schweizer Güterkontrollverordnung (GKV)
- Anhang I der EG-Verordnung Nr. 428/2009
- der U.S. Commerce Control List (sog. Export Control Classification Number - ECCN)];

(ii) die statistische (oder zollrechtliche) Warennummer gemäß dem aktuellen Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik und dem HS (Harmonized System) Code mit mindestens 6 Stellen, bei Lieferanten mit Sitz in der EU und in CH 8 Stellen; (iii) das Ursprungsland (nicht präferenzialer Ursprung) und auf Anforderung von SKAN Lieferantenerklärungen für den präferenzialen Ursprung (bei Lieferanten innerhalb der EU) bzw. Präferenznachweise (bei Nicht-EU-Lieferanten).

(iv) Ggf. Klassifizierung, Identifizierungsparameter und Rechtsgrundlage (Verordnung, Gesetz etc.) für Artikel, die in Listen aufgeführt sind, die verbotene Artikel kennzeichnen, wie z.B. chemische Substanzen, Vorprodukte, Drogen, Arzneimittel etc. Der Lieferant haftet für alle Aufwendungen und/oder Schäden, die SKAN durch einen Verstoß des Lieferanten gegen die in dieser Klausel beschriebenen Verpflichtungen entstehen, es sei denn, der Lieferant hat diesen Verstoß nicht zu vertreten.

23. Bewilligungen

Sofern nicht ausdrücklich und schriftlich anders vereinbart, trifft der Lieferant alle notwendigen Vorkehrungen zur Erlangung der weiteren behördlichen Bewilligungen oder Lizenzen, die für die Leistungserbringung und die im Vertrag vorgesehene Verwendung der an die Bestellerin gelieferten Produkte erforderlich sind. Soweit die Bestellerin diese Bewilligungen oder Lizenzen beantragen muss, unterstützt der Lieferant die

Bestellerin angemessen, insbesondere bei der Beschaffung von benötigten Informationen und Angaben.

24. Neu entstehende Immaterialgüterrechte

Die bei Vertragserfüllung entstehenden Immaterialgüterrechte (Urheberrechte, Patentrechte usw.), insbesondere an den vom Lieferanten eigens für die Bestellerin erstellten Werken, Konzepten, Hardware und Individualsoftware einschliesslich Quellcode, Programmbeschreibung und Dokumentation in schriftlicher oder maschinell lesbarer Form, gehören der Bestellerin, sofern vertraglich nichts anderes vereinbart wird.

Immaterialgüterrechte (Urheberrechte, Patentrechte usw.), die bei der Vertragserfüllung entstanden sind, aber nicht Vertragsgegenstand bilden, gehören der Bestellerin,

- wenn sie von deren Personal geschaffen wurden; dem Lieferanten, wenn sie von dessen Personal oder von ihm beigezogenen Dritten geschaffen wurden;
- der Bestellerin und dem Lieferanten, wenn sie gemeinsam vom Personal der Bestellerin und des Lieferanten bzw. von ihnen beigezogenen Dritten geschaffen wurden. Die Parteien verzichten gegenseitig auf die Erhebung von Lizenzgebühren und können ihre Rechte ohne Zustimmung der anderen Partei auf Dritte übertragen oder Dritten Nutzungsrechte einräumen.

An rechtlich nicht geschützten Ideen, Verfahren und Methoden bleiben beide Parteien nutzungs- und verfügungsberechtigt, jedoch ohne Verpflichtung zur Offenlegung.

25. Vorbestehende Immaterialgüterrechte

Vorbestehende Immaterialgüterrechte (Urheberrechte, Patentrechte usw.) verbleiben beim Lieferanten oder Dritten. Soweit die Rechte Dritten zustehen, garantiert der Lieferant, dass er über die entsprechenden Nutzungs-, Verfügungs- und Vertriebsrechte verfügt.

Die Bestellerin erhält an vorbestehenden Immaterialgüterrechten, ein zeitlich, räumlich und sachlich uneingeschränktes, nicht ausschliessliches, übertragbares Nutzungsrecht im Rahmen des Vertragszwecks. Der Lieferant verpflichtet sich, an diesen vorbestehenden Immaterialgüterrechten keine Rechte zu begründen, welche den vorgesehenen Nutzungs- und Verfügungsmöglichkeiten betreffend den Vertragsgegenstand entgegengehalten werden können. Bei Standardsoftware umfasst dieses Recht die Nutzung auf der gemäss Vertragsurkunde vorgesehenen Hardware und ihren Nachfolgesystemen. Bei geändertem Betriebssystem oder höherer Leistungsklasse bedarf die Änderung und Erweiterung des Nutzungsrechts der Zustimmung des Lieferanten. Dieser darf die Zustimmung nur aus wichtigen Gründen verweigern. Die Änderungen und Erweiterungen der Nutzungsrechte berechnen sich nach den Ansätzen der ursprünglichen Kostengrundlage.

Die Bestellerin kann zu Sicherungs- und Archivierungszwecken von der Standardsoftware Kopien herstellen. Während eines Ausfalls der vertraglich vorgesehenen Hardware ist sie berechtigt, die Standardsoftware ohne zusätzliche Vergütung auf Ersatzhardware zu nutzen.

An rechtlich nicht geschützten Ideen, Verfahren und Methoden bleiben beide Parteien nutzungs- und verfügungsberechtigt, jedoch ohne Verpflichtung zur Offenlegung.

26. Verletzung von Immaterialgüterrechten

Der Lieferant wehrt Ansprüche Dritter wegen Verletzung von Immaterialgüterrechten unverzüglich auf eigene Kosten und Gefahr ab. Hebt ein Dritter ein Prozessverfahren gegen den Lieferanten an, hat dieser die Bestellerin unverzüglich schriftlich zu informieren. Macht der Dritte die Forderungen direkt gegenüber der Bestellerin geltend, so beteiligt sich der Lieferant auf erstes Verlangen der Bestellerin hin gemäss den Möglichkeiten der einschlägigen Prozessordnung am Streit. Der Lieferant verpflichtet sich, sämtliche Kosten (inklusive Schadenersatzleistungen), die der Bestellerin aus der Prozessführung und einer allfälligen aussergerichtlichen Erledigung des Rechtsstreites entstehen, zu übernehmen. Bei einer aussergerichtlichen Erledigung hat der Lieferant die vereinbarte Zahlung an den Dritten nur zu übernehmen, wenn er ihr vorgängig zugestimmt hat. Wird der Bestellerin aufgrund geltend gemachter Ansprüche aus Immaterialgüterrechten die Nutzung der vertraglich geschuldeten Leistungen ganz oder teilweise verunmöglicht, so hat der Lieferant die Wahl, entweder seine Leistungen so abzuändern, dass diese keine Drittrechte verletzen und trotzdem dem vertraglich geschuldeten Leistungsumfang entsprechen, oder auf seine Kosten eine Lizenz des Dritten zu beschaffen. Setzt der Lieferant innert angemessener Frist keine dieser Möglichkeiten um, so kann die Bestellerin mit sofortiger Wirkung vom Vertrag zurücktreten und dem Lieferanten gegen volle Rückvergütung und Schadloshaltung die betroffenen Leistungen zurückgeben.

27. Geheimhaltung

Die Parteien behandeln alle Informationen vertraulich, die weder offenkundig noch allgemein zugänglich sind und verwenden diese ausschliesslich zur Erfüllung des Zwecks des abgeschlossenen Vertrages. Die Parteien stellen zudem die vertrauliche Behandlung durch ihre Mitarbeitenden und beigezogenen Spezialisten sicher. Im Zweifel sind die Informationen vertraulich zu behandeln.

Vertrauliche Informationen einer Partei umfassen nicht solche Informationen, die:

- der anderen Partei bereits bekannt waren, bevor sie ihm die offenlegende Partei zugänglich gemacht hat;
- allgemein bekannt sind oder werden, ohne dass die andere Partei dies zu vertreten hat;

- der anderen Partei durch einen Dritten rechtmässig und ohne Weitergabe / Beschränkungen bekannt gegeben wurden;
- von der anderen Partei selbst entwickelt wurden, ohne hierbei die vertraulichen Informationen der geschützten Partei zu nutzen oder sich darauf zu beziehen;
- aufgrund eines rechtskräftigen Beschlusses eines Gerichts, einer Aufsichts-, Verwaltungs- oder sonstigen Behörde offengelegt werden müssen. Diesfalls hat die zur Offenlegung verpflichtete Partei die andere unverzüglich über den Beschluss zu informieren und von dieser angestrebte Schutzanordnungen zu unterstützen.

Diese Geheimhaltungspflicht besteht schon vor Vertragsabschluss und gilt für einen Zeitraum von 10 Jahren nach Beendigung des Vertragsverhältnisses.

Ohne Zustimmung der anderen Partei ist die Weitergabe von Informationen an Dritte nicht gestattet. Nicht Dritte im Sinne dieser Vereinbarung sind hingegen die Gesellschaften des SKAN AG Konzerns, namentlich die SKAN AG Holding AG sowie deren Tochtergesellschaften und beigezogene Spezialisten (Anwälte, Revisoren, Experten). Bei Vorliegen einer Zustimmung sind die Geheimhaltungspflichten dem empfangenden Dritten zu überbinden.

Werbung und Publikationen über spezifische Leistungen im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis bedürfen der schriftlichen Zustimmung der anderen Partei. Ohne schriftliche Einwilligung der Bestellerin darf der Lieferant auch mit der Tatsache, dass eine Zusammenarbeit zwischen den Parteien besteht oder bestand, nicht werben und die Bestellerin nicht als Referenz angeben.

Verletzt eine Partei die vorstehenden Geheimhaltungspflichten, schuldet sie, falls nicht anders vereinbart, der anderen eine Zahlung, sofern sie nicht beweist, dass sie kein Verschulden trifft. Diese Zahlung beträgt je Fall 10% der gesamten Vergütung bei Kauf-, Werk- und ähnlichen Verträgen oder 10% der jährlichen Vergütung bei Dauerschuldverhältnissen, insgesamt aber höchstens CHF 50'000.00 je Fall. Diese Zahlung befreit die verletzende Partei nicht von der Geheimhaltungspflicht; sie wird aber auf den zu leistenden Schadenersatz angerechnet. Allfällige strafrechtliche Konsequenzen bleiben vorbehalten.

28. Compliance

Der Lieferant hält sich an die jeweils geltenden gesetzlichen Normen, insbesondere an die Wettbewerbs- und Kartellgesetze, an die Arbeits- und Kinderschutzbestimmungen.

Der Lieferant verpflichtet sich, keine finanziellen oder sonstigen Begünstigungen entgegen zu nehmen, wenn dafür vom Gebenden ein ungerechtfertigter Vorteil erwartet oder belohnt wird. Ebenso verpflichtet er sich, das im Rahmen der OECD abgeschlossene Übereinkommen vom 17. Dezember 1997 über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer

Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr analog im privatwirtschaftlichen Verkehr zu beachten.

Der Lieferant verpflichtet seine Mitarbeitenden, Subunternehmer, Unterlieferanten sowie weitere zur Vertrags-erfüllung beigezogene Dritte vertraglich zur Einhaltung dieses Artikels.

Verletzt der Lieferant vorstehende Compliance-Pflichten, so schuldet er eine Konventionalstrafe, sofern er nicht beweist, dass ihn kein Verschulden trifft. Diese beträgt je Verletzungsfall 10% der gesamten Vergütung bzw. bei wiederkehrender Vergütung 10% einer Jahresvergütung, insgesamt jedoch höchstens CHF 50'000.00. Diese Zahlung befreit den Lieferanten nicht von seinen vertraglichen Verpflichtungen.

29. Abtretung und Verpfändung

Das Vertragsverhältnis oder Rechte und Pflichten daraus können nur mit vorgängiger schriftlicher Zustimmung der anderen Partei übertragen oder abgetreten werden. Davon abgesehen kann die Bestellerin Rechte und Pflichten aus dem Vertrag jederzeit an eine andere Gesellschaft des SKAN AG Konzerns abtreten.

30. Verifikation

Auf schriftliche Voranmeldung von mindestens 15 Tagen stellt der Lieferant während der an seinem Geschäftssitz üblichen Geschäftszeit der Bestellerin oder einer von der Bestellerin beauftragten, unabhängigen Auditierungsfirma, die zum Schutze des Lieferanten unter strikter Geheimhaltung steht, sämtliche Dokumente zur Verfügung, die für die Prüfung der Einhaltung der Bestimmungen dieses Vertrages, insbesondere der Entwicklung und Herstellung des Vertragsgegenstandes durch den Lieferanten, notwendig sind.

Alle Kosten und Ausgaben im Zusammenhang mit der Verifikation trägt die Bestellerin. Sofern die Verifikation zeigt, dass der Lieferant die Bestimmungen dieses Vertrages nicht eingehalten hat, hat er sämtliche Kosten und Ausgaben der Verifikation zu übernehmen.

Bevollmächtigte Vertreter der Bestellerin haben zwecks Durchführung von Inspektionen und Audits nach ordnungsgemässer Legitimation freien Zutritt zu sämtlichen Räumen, in denen der Vertragsgegenstand hergestellt, geprüft oder gelagert wird.

Diesem Personal ist auf Verlangen hinsichtlich des Vertragsgegenstandes jede gewünschte Auskunft zu geben, und die verlangten Unterlagen sind vorzulegen.

31. Salvatorische Klausel

Sollten Regelungen dieser AEB ganz oder teilweise unwirksam, undurchführbar oder unvollständig sein, so tritt an deren Stelle oder zur Ausfüllung einer Regelungslücke eine aus vernünftiger, objektiver Sicht für beide Vertragsparteien zu einem angemessenen Interessenausgleich führende Regelung.

Sollten einzelne dieser Bestimmungen unwirksam sein, wird die Gültigkeit der anderen Bestimmungen hierdurch nicht berührt.

32. Rechtsgültigkeit

Diese AEB ersetzen frühere AEB der Bestellerin. Durch jede Auftragserteilung anerkennt der Lieferant alle Punkte dieser AEB.

33. Anwendbares Recht

Diese AEB sowie die Verträge, die aufgrund der vorliegenden AEB geschlossen werden, unterliegen materiellem Schweizer Recht. Die Bestimmungen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf finden keine Anwendung.

34. Sonstiges

Alle in den AEB nicht aufgeführten Rechte und Pflichten des Lieferanten und der Bestellerin sind gemäss den gesetzlichen Bestimmungen am Sitz der Bestellerin auszuführen. Abweichungen, Änderungen und Ergänzungen dieser AEB einschliesslich Nebenabreden bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Jegliche Veröffentlichungen oder Medien-mitteilungen betreffend die Tätigkeit für und mit der Bestellerin sind nur zulässig, wenn die Bestellerin vorgängig schriftlich zugestimmt hat. Bei Widersprüchen zwischen verschiedenen Sprachversionen dieser AEB geht die deutsche Version vor.

35. Gerichtsstand

Für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten ist Gerichtsstand der Sitz der bestellenden SKAN-Gesellschaft.

Allschwil, 30.06.2021

1. Champ d'application et validité

Les Conditions générales d'achat suivantes s'appliquent à toutes les opérations de Skan AG ainsi que de Skan Stein AG (ci-après appelé « acheteur »), sauf accord écrit contraire. Ces Conditions générales d'achat régissent en particulier la conclusion, le contenu et le déroulement des contrats d'achat, d'entreprise et de prestations de service de l'acheteur.

Ces Conditions générales d'achat sont considérées comme étant acceptées lorsque le fournisseur soumet une offre à l'acheteur, ou lorsque le fournisseur confirme par écrit un contrat de l'acheteur. Les conditions générales du fournisseur sont exclues.

2. Conclusion du contrat

L'offre du fournisseur est contraignante pendant le délai stipulé dans l'appel d'offre ou l'offre. En l'absence d'indications concernant ce délai, le fournisseur reste engagé pendant trois mois à partir de la date d'offre.

Si l'offre diverge de l'appel d'offre, le fournisseur attire expressément l'attention de l'acheteur sur les divergences.

Les commandes ne sont contraignantes que lorsqu'elles sont passées par écrit. La confirmation de contrat doit être fournie à l'acheteur en l'espace de trois jours ouvrés après la date de commande.

Le contrat est considéré comme étant conclu avec la réception de la confirmation par écrit de la commande par le fournisseur auprès de l'acheteur, ou avec la réception de la confirmation par écrit de l'acheteur auprès du fournisseur qu'il accepte son offre. Les conditions du fournisseur divergeant des termes du contrat ne sont valables qu'en cas d'acceptation expresse et par écrit de l'acheteur.

La validité de l'ensemble des accords et déclarations relevant du droit des parties contractantes est soumise à la forme écrite.

3. Étendue des livraisons et prestations

Les livraisons et prestations du fournisseur sont définies dans la confirmation par écrit de la commande ou dans l'offre soumise par le fournisseur.

4. Réglementations du pays de destination et équipements de sécurité

Le fournisseur doit attirer l'attention de l'acheteur, au plus tard lors de son offre, sur les prescriptions et les normes applicables à l'exécution des livraisons et des prestations.

De plus, les réglementations de prévention des maladies et accidents doivent être mentionnées en cas de tâches à effectuer par les employés du fournisseur.

Si le fournisseur ne mentionne aucune réglementation ni aucun cadre légal concernant la livraison et les prestations, les directives légales applicables sont alors celles en vigueur dans la région du siège de l'acheteur.

5. Exécution

Le fournisseur informe régulièrement l'acheteur de l'avancement des travaux et se procure toutes les spécifications requises. Le fournisseur indique immédiatement à l'acheteur toutes circonstances pouvant remettre en question l'exécution conforme au contrat.

Si l'exécution du contrat nécessite la présence du fournisseur sur un site de l'acheteur, le fournisseur doit respecter les consignes d'entreprise de l'acheteur, en particulier les consignes de sécurité qui lui seront remises sur sa demande.

6. Appel à des tiers

Le fournisseur ne peut avoir recours à des sous-traitants pour l'exécution en partie ou en totalité de prestations de service à l'acheteur qu'avec l'autorisation préalable par écrit de l'acheteur. Le fournisseur reste responsable vis-à-vis de l'acheteur de la fourniture des prestations de service.

L'acheteur peut imposer au fournisseur le recours à un certain sous-traitant. Dans ce cas, l'acheteur devra supporter les conséquences de prestations de service éventuellement défectueuses si le fournisseur apporte la preuve qu'il a utilisé le sous-traitant à bon escient et qu'il l'a supervisé comme il se doit.

Sur demande de l'acheteur le fournisseur indique le nom de ses sous-traitants.

7. Rémunération

Le fournisseur fournit les prestations de service à un prix fixe ou selon le temps passé avec une limitation plafond de la rémunération. Dans son offre ou dans la confirmation de commande par écrit, il indique à l'acheteur les types de coût, la structure de quantités et les taux de frais. La rémunération couvre toutes les prestations de service nécessaires à l'exécution du contrat. La rémunération couvre en particulier les frais de transport et d'assurance, les frais de garantie bancaire, les frais d'importation, d'exportation et de transit, les frais d'installation, de test et de documentation, les frais pour une première instruction éventuelle, les frais de déplacement (en particulier frais de voyage, de nourriture, et de logement), les redevances de licence, les frais d'emballage de transport, les frais pour les dispositifs, gabarits, outils etc. devant être spécialement fabriqués ainsi que les prélèvements publics comme les taxes et droits de douane.

Sauf accord contraire, les redevances de location et d'utilisation pour les appareils de transport et les composants provisoirement montés ainsi que la remise en état sont inclus dans la rémunération. Sauf accord contraire, le transport s'effectue aux frais et aux risques du fournisseur (Incoterms 2020: DAP). L'assurance contre les avaries de transport de toute nature incombe au fournisseur.

8. Conditions de paiement

Sous réserve d'une livraison et de marchandises correctes, les paiements seront effectués par l'acheteur dans les 60 jours calendaires à partir de la date de facturation. L'acheteur se réserve le droit de retourner des factures incorrectes, ne pouvant pas être contrôlées afin qu'elles soient corrigées. Le délai de paiement commence à courir lors de la rectification de la facture. En présence d'un défaut, l'acheteur est en droit de suspendre le paiement de la pièce défectueuse de la livraison jusqu'à exécution correcte. En cas de paiements partiels convenus (dépôts et acomptes) l'acheteur peut demander des garanties du fournisseur à ses frais.

9. Modifications des prestations de service

Le fournisseur informe l'acheteur de tous les développements impliquant une modification des prestations de service pour des raisons techniques ou économiques.

Les parties peuvent à tout moment demander des modifications par écrit des prestations de service convenues. Si l'acheteur souhaite une modification, le fournisseur indique dans les 5 jours ouvrés suivants si la modification est possible et quelles sont ses conséquences sur les prestations de service à apporter ainsi que sur la rémunération et les délais. L'acheteur décide dans le même laps de temps s'il souhaite faire exécuter la modification. Si le fournisseur souhaite une modification, l'acheteur accepte ou refuse la demande motivée dans le même laps de temps.

Le fournisseur ne doit pas refuser une demande de modification de l'acheteur si la modification est objectivement possible, et si le caractère d'ensemble des prestations de service à apporter reste conservé.

La modification des prestations de service et les corrections éventuelles au niveau de la rémunération, des délais et d'autres points du contrat sont consignées par écrit dans un avenant au contrat préalablement à la mise en oeuvre de ces modifications. La correction de la rémunération se calcule sur la base des coûts estimés à l'origine.

Sauf accord contraire, le fournisseur poursuit ses travaux pendant le contrôle des propositions de modification.

10. Propriété des fournitures de l'acheteur

Les matériaux, modèles, dessins, équipement de travail tels que les appareils de contrôle, les gabarits et les outils mis à disposition par l'acheteur restent sa propriété (jusqu'à leur pose ou consommation éventuelle) et ils doivent être marqués et mis à part comme tels.

Le fournisseur doit soumettre les fournitures à un contrôle approfondi lors de leur réception. Les fournitures sont considérées comme étant sans défaut si des dommages, défauts et pièces manquantes de l'acheteur ne sont pas signalés par écrit dans les 5 jours calendaires.

Tant que les fournitures se trouvent chez le fournisseur, celui-ci doit en faire l'inventaire, les conserver et les entretenir avec attention et gratuitement, et les assurer à ses frais. Sur

demande de l'acheteur, le fournisseur remet un certificat d'assurance par écrit et un inventaire actualisé avec indication de l'état des fournitures.

Les fournitures ne doivent être utilisées que conformément à l'accord. Sauf disposition contraire, après l'exécution du contrat, les fournitures doivent être retournées gratuitement à l'acheteur sans qu'il soit nécessaire qu'il en fasse la demande.

11. Délai de livraison

Le délai de livraison dépend des accords contractuels. Le délai de livraison est respecté lorsque la livraison a eu lieu.

12. Retard

En cas de non respect des dates/délais de livraison, le fournisseur est en retard sans mise en demeure ; dans les autres cas après mise en demeure par l'acheteur dans un délai raisonnable.

Sans accord de l'acheteur, il ne peut y avoir de livraison partielle ou anticipée.

Tout retard se profilant dû au fournisseur doit être immédiatement communiqué à l'acheteur avec indication par écrit des raisons et de la durée présumée du retard.

Si le fournisseur accuse un retard, il est redevable vis-à-vis de l'acheteur du paiement de 1 % de la rémunération totale pour chaque jour de retard, ce paiement ne pouvant toutefois pas être supérieur à 10 % de la rémunération totale. Ce paiement reste effectif, même si les prestations de service ont été acceptées sans réserve. Ce paiement ne libère pas le fournisseur de ses autres obligations contractuelles ; mais il est pris en compte pour le calcul au titre des dommages et intérêts. N'entrent pas en compte les dommages imputables à une faute de l'acheteur et à un cas de force majeure.

13. Droit de rétractation

L'acheteur est en droit de résilier à tout moment le contrat en tout ou partie. Cette résiliation est communiquée au fournisseur par écrit par l'acheteur. Dans ce cas, le droit du fournisseur se limite à un dédommagement pour les travaux effectivement exécutés ou les frais encourus, augmenté d'une marge adéquate, pour autant que la rétractation ne soit pas la conséquence d'une non-exécution ou d'un défaut d'exécution de la part du fournisseur.

L'acheteur est uniquement tenu au paiement des prestations de service conformément au paragraphe 13 si le fournisseur lui transfère les travaux commencés exempts de droits ou de revendications de la part de tiers.

14. Instructions et participation

L'acheteur possède un droit d'instruction. Les instructions une fois passées peuvent être modifiées ou révoquées. Des instructions passées par électronique sont équivalentes à des instructions par écrit, dans la mesure où elles ne représentent pas une modification du contrat. De simples recommandations et propositions de l'acheteur ne sont pas considérées comme des

instructions et sont négligeables pour l'exécution correcte du contrat. Afin que le fournisseur puisse exécuter ses prestations de service, l'acheteur met à sa disposition en temps utile et en totalité tous les documents, informations, autorisations, droits d'entrée, d'accès et d'usage etc.

15. Lieu d'exécution

Sauf disposition contraire, le site de l'acheteur est considéré comme étant le lieu d'exécution.

Le fournisseur joint à chaque envoi un bordereau d'expédition avec indication du numéro de commande correspondant et présente tous les papiers de transport nécessaires. Si la marchandise n'est pas directement transportée vers l'acheteur, le fournisseur doit lui envoyer une copie séparée du bordereau d'expédition.

La jouissance et les risques sont transférés au lieu d'exécution avec la livraison de la marchandise ou avec le contrôle/la réception des marchandises par l'acheteur. Si des documents d'accompagnement nécessaires manquent, l'acheteur expose l'objet du contrat aux frais et aux risques du fournisseur.

16. Contrôle et réception

Le fournisseur doit contrôler les livraisons et prestations, conformément aux usages, avant l'expédition. Si l'acheteur exige d'autres contrôles, ceux-ci doivent faire l'objet d'accords spécifiques. L'acheteur contrôle les livraisons dans les 5 jours ouvrés après la livraison. En cas d'installation par le fournisseur, le délai commence à courir après l'installation réussie. L'acheteur doit notifier immédiatement par écrit des défauts éventuels (notamment des assurances non existantes). La communication d'un rapport de contrôle comportant des réclamations est considérée comme étant une réclamation. Le fournisseur doit supprimer à ses frais (remise en état) les défauts qui lui sont communiqués dans le laps de temps imparti par l'acheteur, et celui-ci doit donner au fournisseur la possibilité d'effectuer cette remise en état.

Toutefois, si le fournisseur n'a pas effectué correctement la livraison de substitution ou la remise en état exigée, l'acheteur peut exiger un dédommagement selon son choix ainsi que :

- une déduction de la rémunération correspondant à la perte de valeur ;
- ou résilier le contrat en partie ou en totalité, toutefois uniquement en cas de défauts graves ;
- ou exiger les documents nécessaires (notamment le code source) – dans la mesure où il n'existe pas d'obligations légales ou contractuelles s'y opposant – et exécuter lui-même ou faire exécuter par un tiers les mesures correspondantes aux frais et aux risques du fournisseur, toutefois uniquement en cas de défauts graves.

En cas de contrats d'entreprise, le fournisseur invite l'acheteur en temps utile pour un contrôle de réception.

Si le contrôle de réception de contrat d'entreprise révèle des défauts majeurs, la réception est reportée. Le fournisseur supprime immédiatement à ses frais les défauts constatés et indique à l'acheteur une nouvelle date de réception. Si le contrôle de réception de contrat d'entreprise révèle des défauts mineurs, la réception a lieu avec la clôture du contrôle de réception. Le fournisseur supprime immédiatement à ses frais les défauts constatés. Si le fournisseur n'a pas effectué la remise en état exigée, ou si cette remise en état n'est pas probante, l'acheteur peut se prévaloir des mesures mentionnées ci-dessus.

Un procès-verbal de réception est établi, dûment signé par l'acheteur et le fournisseur ou leur représentant respectif. Ce procès-verbal stipule que la réception a été effectuée, ou qu'elle n'a été effectuée que sous réserve ou qu'un nouveau délai a été fixé pour une nouvelle date de réception.

Si l'acheteur renonce à un contrôle de réception pour des prestations correspondant à un contrat d'entreprise, l'objet du contrat est considéré comme accepté avec la réception réussie de l'unité de production.

17. Garantie / responsabilité

En tant que spécialiste et en connaissance de la destination, le fournisseur garantit que l'objet du contrat présente les propriétés matérielles ou juridiques convenues et qu'il est apte à l'utilisation prévue. Le fournisseur garantit expressément qu'il est en droit de livrer l'objet du contrat et/ou de fournir les prestations de service à SKAN AG, et qu'aucun tiers ne dispose de droits légaux lui permettant de s'opposer légalement à l'utilisation de l'objet du contrat.

Sauf règlement différent stipulé dans le contrat, les droits de garantie se prescrivent dans un délai de 2 ans à partir de la livraison et du contrôle de la marchandise, dans la mesure où une réception a été effectuée, depuis la réception de la marchandise en cas de défauts sur des biens mobiles, et dans un délai de cinq ans lorsque le bien a été intégré à un ouvrage immobilier. Après la suppression des défauts sujets de la réclamation, les délais recommencent à courir pour la pièce remise en état. Ils peuvent allonger d'un an maximum le délai de garantie d'origine. Les droits résultant de défauts dissimulés par dol peuvent être exercés pendant dix ans après la livraison et le contrôle de la marchandise, dans la mesure où une réception a été effectuée.

le fournisseur s'engage, sur notification écrite de l'acheteur, à retoucher, aussi rapidement que possible, tous les éléments de ses livraisons qui sont devenus défectueux ou inutilisables avant l'expiration du délai de garantie, en raison de mauvais matériaux, d'un vice de fabrication ou de réalisation défectueuse. Le fournisseur supporte tous les coûts résultant de la

remise en état. En l'absence de remise en état, ou en cas de remise en état non probante, les dispositions de la clause 16 s'appliquent.

Les livraisons de pièces de rechange, les prestations d'entretien et de maintenance du fournisseur pendant le délai de la garantie sont considérées comme des mesures correctrices, dans la mesure où le fournisseur ne démontre pas le contraire.

18. Non-exécution, exécution imparfaite et leurs conséquences

Dans tous les cas de non-exécution ou d'exécution imparfaite qui ne sont pas expressément mentionnés dans les présentes conditions, dans la mesure où la preuve de la faute du fournisseur est apportée, l'acheteur a le droit d'impartir un délai supplémentaire raisonnable pour que le fournisseur exécute les livraisons ou prestations concernées, sous peine de résilier le contrat en cas de non-exécution. Si, par la faute du fournisseur, ce délai supplémentaire expire sans avoir été utilisé, l'acheteur est en droit de se retirer du contrat et de réclamer le remboursement des paiements effectués pour ces livraisons et prestations. La responsabilité du fournisseur est engagée vis-à-vis de l'acheteur pour des dommages directs et indirects entraînés par sa non exécution ou sa mauvaise exécution.

19. Exclusion d'autres responsabilités

Tous les cas de violation du contrat et leurs conséquences juridiques, ainsi que toutes les prétentions du fournisseur, sont réglées exhaustivement dans les présentes conditions. Toutes les autres revendications sont exclues. Cette exclusion de responsabilité ne s'applique pas en cas d'intention délibérément délictueuse ou de négligence grave de la part de l'acheteur, mais bien en cas d'intention délibérément délictueuse ou de négligence grave de la part de ses auxiliaires. En outre, ladite exclusion de responsabilité ne s'applique pas dans la mesure où le droit coercitif s'y oppose.

20. Protection d'investissement

Le fournisseur offre à l'acheteur une garantie de compatibilité des objets du contrat avec les améliorations du fournisseur pendant une durée minimum de 8 ans après écoulement du délai de prescription des droits de garantie. Le fournisseur offre une garantie de livraison de pièces de rechange et de pièces rapportées à l'acheteur pendant au moins 10 ans à partir de la livraison ou le contrôle/l'acceptation de la marchandise. En outre, avant l'arrêt des livraisons, le fournisseur permet à l'acheteur de couvrir ses besoins pour la durée de vie prévue. Des délais divergents doivent être prévus dans le contrat.

Le fournisseur assure l'entretien et la maintenance du matériel et du logiciel sur la demande de l'acheteur pendant au moins 8 ans après l'expiration du délai de garantie selon les Conditions générales d'achat de l'acheteur.

Si le fournisseur n'assure plus ses prestations lui-même (en raison d'une saisie, d'une faillite imminente, de procédures de

succession ou d'autres raisons), ni un tiers aux mêmes conditions, ou si une autre solution économiquement équivalente n'est pas proposée, l'acheteur peut assurer lui-même les prestations de service ou les confier à un tiers. Dans ce cas l'acheteur est automatiquement en droit d'accéder au code source ou à d'autres documents du fournisseur et de les utiliser, dans la mesure où cela est nécessaire pour la maintenance et l'entretien du logiciel et pour le support matériel.

Pour assurer l'obligation de fournir des renseignements issus de la garantie, ou pour l'entretien du logiciel, l'acheteur peut exiger à tout moment que les documents du fournisseur nécessaires au fonctionnement soient mis en mémoire sur un système désigné par l'acheteur et tenu à jour aux frais du fournisseur par une entreprise digne de confiance ou un tiers, ou par des mesures techniques. Cette disposition ne libère pas le fournisseur de ses obligations. Cette disposition s'applique par analogie au matériel.

Après expiration du délai de garantie, les livraisons de pièce de rechange du fournisseur sont assurées contre rémunération et s'effectuent sur la base de calcul des coûts d'origine ou, si cette base de calcul fait défaut, sur la base de conditions concurrentielles.

21. Protection de l'environnement

Le fournisseur s'engage à respecter les dispositions de protection de l'environnement en vigueur sur le lieu d'exécution de la prestation.

22. Contrôles d'exportation, données relatives aux douanes et au commerce extérieur

Le Fournisseur devra se conformer à toutes les dispositions nationales et internationales applicables en matière de contrôle des exportations, de douanes et de commerce extérieur ("Droit du commerce extérieur"). Le Fournisseur est tenu de fournir à SKAN, en même temps que la confirmation de commande, au plus tard au moment de la livraison, et en cas de modification sans délai, toutes les informations et données écrites dont SKAN a besoin pour se conformer à la législation sur le commerce extérieur en cas d'exportation, d'importation, de réexportation et de transfert, y compris, mais sans s'y limiter, les informations suivantes

(i) Le cas échéant, les positions correctes de la liste de contrôle des exportations, à savoir les positions de contrôle dans:

pour les articles militaires (articles, spécialement conçus, adaptés ou modifiés pour des applications militaires) :

- l'annexe 3 de l'ordonnance suisse sur le contrôle des exportations (GKV)

- Partie I A de la liste des exportations (Ausfuhrliste) de l'ordonnance allemande sur le commerce extérieur et les paiements (Aussenwirtschaftsverordnung), appelée "Ausfuhrlisten-Nummern",

- Liste des munitions des États-Unis (USML) - Règlement sur le trafic international d'armes (ITAR)

pour les articles à double usage :

- Annexe 1, 2 de l'ordonnance suisse sur le contrôle des armes (GKV).
- Annexe I du règlement CE n° 428/2009
- la liste de contrôle du commerce des États-Unis (appelée "Export Control Classification Number - ECCN")];
- (ii) le numéro de marchandise du code statistique (ou douanier) selon le répertoire des marchandises en vigueur pour les statistiques du commerce extérieur et le code HS (Harmonized System) avec au moins 6 chiffres, pour les fournisseurs situés dans l'UE et 8 chiffres pour ceux situés en CH;
- (iii) le pays d'origine (origine non préférentielle) et, sur demande de SKAN, les déclarations du fournisseur pour l'origine préférentielle (pour les fournisseurs situés dans l'UE) ou les certificats préférentiels (pour les fournisseurs hors UE).
- (iv) Le cas échéant, la classification, les paramètres d'identification et le fondement juridique (règlement, loi, etc.) des articles spécifiés dans les listes identifiant les articles soumis à restrictions, tels que les substances chimiques, les produits intermédiaires, les drogues, les produits pharmaceutiques, etc. Le fournisseur sera responsable de toutes les dépenses et/ou dommages encourus par SKAN en raison d'une violation des obligations du fournisseur telles que décrites dans cette clause, à moins que le fournisseur ne soit pas responsable de cette violation.

23. Autorisations

Sauf convention contraire expresse et écrite, le fournisseur prend toutes les mesures nécessaires pour obtenir toutes les autorisations officielles ou licences nécessaires à l'exécution de la prestation et à l'utilisation prévue dans le contrat des produits livrés à l'acheteur. Si l'acheteur doit lui-même faire la demande de ces autorisations ou licences, le fournisseur lui apporte une assistance adéquate, notamment pour obtenir les informations et indications nécessaires.

24. Droits de propriété intellectuelle nouvellement engendrés

Sauf accord contraire, l'acheteur possède les droits de propriété intellectuelle prenant naissance lors de l'exécution du contrat (droits d'auteur, droits de licence etc.), en particulier relatifs aux ouvrages, concepts, matériels et logiciels individuels y compris code source, spécialement créés par le fournisseur pour l'acheteur, de même que la description de programme et la documentation par écrit ou sous forme lisible mécanique.

Les droits de propriété intellectuelle (droits d'auteur, droits de licence etc), engendrés lors de l'exécution du contrat mais ne formant pas l'objet du contrat appartiennent à l'acheteur,

- s'ils ont été créés par son personnel, au fournisseur, s'ils ont été créés par son personnel ou par un tiers mandaté par lui ;
- ils appartiennent à l'acheteur et au fournisseur s'ils ont été créés en commun par le personnel de

l'acheteur et du fournisseur ou par des tiers mandatés par eux. Les parties renoncent réciproquement à prélever des redevances de licence et peuvent transférer leurs droits à des tiers ou concéder à des tiers des droits d'utilisation sans accord de l'autre partie.

Les deux parties disposent librement des idées, des procédés et des méthodes non protégés par le droit de la propriété intellectuelle, toutefois sans obligation de divulgation.

25. Droits de propriété intellectuelle préexistants

Les droits de propriété intellectuelle préexistants (droits d'auteur, droits de licence etc.) restent acquis au fournisseur ou à des tiers. Dans la mesure où ces droits appartiennent à des tiers, le fournisseur garantit qu'il dispose des droits d'utilisation, de disposition et de distribution correspondants.

L'acheteur acquiert un droit d'usage non exclusif et non transmissible sur les droits de propriété intellectuelle préexistants sans limitation dans le temps, l'espace et la nature. Le fournisseur s'engage à ne pas fonder de droits sur la base de ces droits de propriété intellectuelle préexistants pouvant s'opposer aux possibilités d'usage et de disposition prévues à l'objet du contrat. Pour les logiciels standard, ce droit englobe l'usage du matériel prévu conformément au contrat et des systèmes ultérieurs. En cas de modification du système d'exploitation ou de classe de prestation plus élevée, la modification et l'extension du droit d'usage nécessite l'accord du fournisseur. Celui-ci ne peut refuser son accord que pour des raisons graves. Les modifications et extensions des droits d'usage sont calculées sur la base de calcul des coûts d'origine.

L'acheteur peut faire des copies du logiciel standard à des fins de sauvegarde et d'archivage. Pendant une panne d'un matériel contractuel, l'acheteur a le droit d'utiliser le logiciel standard sur du matériel de rechange sans rémunération supplémentaire.

Les deux parties disposent librement des idées, des procédés et des méthodes non protégés par le droit de la propriété intellectuelle, toutefois sans obligation de divulgation.

26. Violation des droits de propriété intellectuelle

Le fournisseur repousse à ses frais et à ses risques les revendications de tiers en raison de violation des droits de propriété intellectuelle. Si un tiers engage une procédure contre le fournisseur, celui-ci doit en informer l'acheteur immédiatement par écrit. Si le tiers fait valoir directement ses exigences à l'encontre de l'acheteur, à la première demande de ce dernier, le fournisseur participe au litige conformément aux possibilités du code de procédure pénale pertinent. Le fournisseur s'engage à supporter tous les frais (y compris les frais de dédommagement) découlant pour l'acheteur de la procédure pénale ou d'un éventuel règlement extrajudiciaire du litige. En cas de règlement extrajudiciaire, le fournisseur ne doit assurer le paiement convenu au tiers que s'il a donné son accord au préalable.

Si, en raison de prétentions fondées sur les droits de propriété intellectuelle, il est impossible à l'acheteur d'exercer l'usage des prestations contractuelles en partie ou en totalité, le fournisseur a le choix de modifier ses prestations de sorte qu'elles ne violent pas les droits de tiers tout en permettant de fournir la totalité des prestations contractuelles dues, ou bien il peut acquérir la licence du tiers à ses frais. Si le fournisseur n'offre aucune de ces possibilités dans un délai raisonnable, l'acheteur peut sortir du contrat avec effet immédiat et rendre au fournisseur les prestations concernées contre remboursement intégral et indemnités.

27. Confidentialité

Les parties traitent de façon confidentielle toutes les informations qui ne sont ni connues de tout le monde, ni accessibles à tout le monde et ne les utilisent qu'aux fins d'exécution du contrat conclu. En outre, les parties veillent au traitement confidentiel par leurs collaborateurs et spécialistes mandatés. En cas de doute, les informations doivent être traitées de manière confidentielle.

Les informations confidentielles d'une partie ne comprennent pas les informations qui :

- sont déjà connues par l'autre partie avant que la partie divulgateur les lui ait rendues accessibles ;
- sont généralement connues ou le deviennent sans que ceci soit imputable à l'autre partie ;
- ont été divulguées légalement sans transmission / restrictions par un tiers à l'autre partie ;
- sont développées par l'autre partie sans utiliser ni se référer aux informations confidentielles de la partie protégée ;
- doivent être divulguées en raison d'une décision exécutoire d'un tribunal, d'une instance de surveillance, d'administration ou d'une autre autorité. Dans ce cas, la partie astreinte à la divulgation doit informer immédiatement l'autre partie de la décision et l'assister contre ces mesures de protection recherchées.

Cette obligation de confidentialité existe dès avant la conclusion du contrat et s'applique pour une durée de 10 ans après la fin des rapports contractuels.

La transmission d'information à des tiers n'est pas autorisée sans accord de l'autre partie. Ne sont pas considérés comme des tiers au sens de cette convention les sociétés du groupe SKAN AG, en particulier la société SKAN AG Holding AG ainsi que ses filiales et les spécialistes mandatés (avocats, réviseurs, experts). En présence d'un accord, les obligations de confidentialité doivent être endossées aux tiers destinataires. La publicité et les publications sur des prestations spécifiques en relation avec le contrat nécessitent l'accord par écrit de l'autre partie. Sans l'accord par écrit de l'acheteur, le fournisseur n'a pas le droit de mentionner la collaboration entre les

deux parties à des fins de publicité, ni de citer l'acheteur comme référence.

Sauf accord contraire, en cas de violation par une des parties des obligations de confidentialité ci-dessus, celle-ci est redevable à l'autre partie d'un paiement dans la mesure où elle ne peut apporter la preuve que la faute ne lui est pas imputable. Ce paiement atteint pour chaque cas 10 % de la rémunération totale pour des contrats d'achat, d'entreprise et des contrats similaires, ou 10 % de la rémunération annuelle pour des contrats de durée annuels, ce paiement ne pouvant pas excéder CHF 50'000.00 par cas. Ce paiement ne libère pas la partie fautive de ses obligations de confidentialité ; toutefois il est pris en compte dans le dédommagement à effectuer. Des conséquences pénales éventuelles demeurent réservées.

28. Compliance

Le fournisseur respecte les normes légales en vigueur, en particulier les lois en matière de concurrence et de cartel, les dispositions de protection du travail et des enfants.

Le fournisseur s'engage à ne pas accepter d'avantages financiers ou autres si le donateur en attend ou récompense un avantage non justifié. De même, il s'engage à respecter par analogie dans les transactions commerciales privées l'accord du 17 décembre 1997 convenu par l'OCDE pour la lutte contre la corruption d'agents publics étrangers dans les transactions commerciales internationales.

Le fournisseur engage ses collaborateurs, sous-traitants et les autres tiers impliqués dans l'exécution du contrat à respecter contractuellement cet article.

En cas de non respect par le fournisseur des obligations en matière de compliance, le fournisseur est redevable d'une amende conventionnelle dans la mesure où il ne peut démontrer qu'il n'est pas fautif. Pour chaque cas de non respect, l'amende s'élève à 10 % de la totalité de la rémunération, ou en cas de rémunération récurrente, à 10 % de la rémunération annuelle, l'amende ne pouvant excéder au total CHF 50'000.00. Ce paiement ne dégage pas le fournisseur de ses obligations contractuelles.

29. Cession et nantissement

La relation contractuelle ou les droits et obligations en découlant ne peuvent faire l'objet d'une cession ou d'un nantissement qu'avec l'accord préalable écrit de l'autre partie. Par contre, l'acheteur peut à tout moment céder les droits et obligations découlant du contrat à une autre société du groupe SKAN AG.

30. Vérification

Sur notification préalable par écrit d'au moins 15 jours, pendant les heures de travail habituelles à son siège, le fournisseur remet à l'acheteur ou à une personne mandatée par l'acheteur, ou à une société d'audit indépendante étant soumise à une confidentialité stricte pour la protection du fournisseur, tous les documents nécessaires au contrôle du respect de ce contrat,

en particulier le développement et la fabrication de l'objet du contrat par le fournisseur.

Tous les coûts et dépenses en relation avec la vérification sont supportés par l'acheteur. Dans la mesure où la vérification montre que le fournisseur n'a pas respecté les dispositions de ce contrat, il doit supporter tous les coûts et dépenses de la vérification.

Pour exécuter les inspections et les audits, les représentants mandatés de l'acheteur munis d'une légitimation appropriée doivent avoir libre accès à tous les locaux dans lesquels l'objet du contrat est fabriqué, contrôlé ou entreposé.

Le fournisseur doit donner à ce personnel toutes les informations souhaitées concernant l'objet du contrat et lui présenter les documents exigés.

31. Clause de sauvegarde

Si des clauses de ces Conditions générales d'achat sont, totalement ou en partie, caduques, irréalisables ou incomplètes, elles seront remplacées ou les clauses restantes complétées par une clause adaptée, garantissant un équilibre entre les deux parties, et cela de manière objective.

Certaines de ces conditions peuvent perdre leur validité sans que cela affecte la validité des autres conditions.

32. Validité juridique

Ces Conditions générales d'achat remplacent les Conditions générales d'achat antérieures de l'acheteur. A chaque passation de commande, le fournisseur reconnaît tous les points de ces Conditions générales d'achat.

33. Droit applicable

Ces Conditions générales d'achat ainsi que les contrats passés sur la base de ces Conditions générales d'achat, sont soumises au droit matériel suisse. Les dispositions de la Convention des Nations unies sur les contrats de vente internationale de marchandise ne s'appliquent pas.

34. Autres

Tous les droits et obligations du fournisseur et de l'acheteur non mentionnés dans les Conditions générales d'achat doivent être exécutés selon les dispositions légales au siège de l'acheteur. Les dérogations, les changements et les ajouts de ces Conditions générales d'achat, y compris les accords verbaux, nécessitent une confirmation écrite pour entrer en vigueur. Toute publication ou tout communiqué de presse concernant les activités envers et en collaboration avec l'acheteur n'est autorisé qu'avec accord préalable sous forme écrite de l'acheteur. En cas de contradiction entre les différentes traductions de ces Conditions générales d'achat, la version allemande est déterminante.

35. Tribunal compétent

Le lieu de juridiction pour tous les litiges découlant de la relation contractuelle est le siège social de la société SKAN qui passe commande.

Allschwil, le 30.06.2021

1. Area of application and validity

The following General Purchase Conditions are valid for all business conducted by SKAN AG as well as SKAN Stein AG (referred to as purchaser in the following) as far as no other written agreements have been made. These General Purchase Conditions regulate in particular completion, content and processing of contracts for works and services, and purchase contracts of the purchaser.

These General Purchase Conditions are deemed to be accepted when the supplier submits an offer to the purchaser or when an order of the purchaser is confirmed in writing by the supplier. General Terms and Conditions of the supplier are explicitly excluded.

2. Conclusion of the contract

The offer of the supplier is binding during the period indicated in the request or the offer. Unless otherwise stated, the supplier is bound for a period of three months from the date of the offer. If the offer deviates from the request, the supplier indicates this to the purchaser.

Orders are only binding if they have been submitted in writing. The order confirmation has to be delivered to the purchaser within three working days of the order date.

The contract is considered concluded when the purchaser receives the written order confirmation of the supplier or when the supplier receives the written confirmation of the purchaser that the purchaser accepts the supplier's offer. Any conditions of the supplier which differ from the provisions of the contract only apply if they have been explicitly accepted by the purchaser in writing.

All agreements and legally relevant declarations made by the parties to the contract require for their validity the written form.

3. Scope of supply and service

The deliveries and services to be rendered by the supplier (the deliverables) are listed in the written order confirmation or in the offer submitted by the supplier.

4. Provisions in the country of destination and protective measures

The supplier must inform - at the latest in the offer or in the order confirmation - the purchaser of provisions and legal framework conditions relevant to providing the deliverables.

Furthermore, when activities are performed by the supplier's employees, the applicable health and accident prevention regulations must be specified.

If no provisions and legal framework conditions relevant to the deliverables and services are specified by the supplier, the legal provisions at the purchaser's principle place of business applies.

5. Execution

The supplier regularly informs the purchaser about the work progress and in particular obtains all the necessary specifications. The supplier immediately notifies the purchaser of any circumstances which could jeopardise fulfilment of the contract. If access to the premises of the purchaser be required, the supplier is obliged to observe the operational provisions of the purchaser, in particular the regulations regarding safety and security, which are provided to the supplier upon request.

6. Enlisting of third parties

The supplier may only appoint subcontractors for provision of deliverables - in whole or in part - to the purchaser on the supplier's behalf if prior written approval has been obtained from the purchaser. The responsibility for providing the deliverables to the purchaser remains with the supplier.

The purchaser may obligate the supplier to appoint a specific subcontractor. In this case, the purchaser is deemed to be responsible for defective performance by the appointed subcontractor, if the supplier proves that the subcontractor has been employed correctly and has been provided appropriate supervision by the supplier.

The supplier provides the names of the subcontractors to the purchaser upon request.

7. Remuneration

The supplier provides the services at fixed prices or on a time and material basis with an upper limit on remuneration (cost ceiling). The supplier provides information on the cost types, quantity structure and cost unit rates in the offer or in the written order confirmation to the purchaser. The remuneration covers all services necessary for fulfilment of the contract. The remuneration covers in particular the freight costs, insurance costs, bank guarantee costs, export, import and transit permits, installation, test and documentation costs, costs for an introductory briefing if necessary, expenses (in particular food, travel and accommodation), the license fees, the transport packaging costs, costs for devices, gauges and tools that have to be specially manufactured, as well as public charges such as taxes and customs duties.

If no other agreements have been made, rental and usage fees for transport devices and temporarily installed components, as well as for repairs and restoration are included in the remuneration. Unless otherwise agreed, the transport is at the expense and risk of the supplier (Incoterms 2020: DAP). Insurance covering transport damage of all types is the responsibility of the supplier.

8. Payment conditions

Provided that the goods have been delivered in due time, the purchaser is obligated to pay the invoices within 60 days from the invoice date. The purchaser reserves the right to return incorrect or unverifiable invoices to have them corrected. The payment period starts anew on the date of issue of the

corrected invoice. In the event of defects, the purchaser is entitled to stop payment for the defective part of the delivery until the order has been properly fulfilled. If partial payments are agreed upon (down payments and instalments), the purchaser is entitled to demand securities from the supplier, at the expense of the supplier.

9. Changes to contractual specifications

The supplier informs the purchaser about all developments that make changes to the deliverables seem necessary for technical or economical reasons.

The parties can request changes to the agreed deliverables at any time. These requests have to be in writing. If the purchaser requests a change, the supplier informs the purchaser in writing within 5 working days whether the change is possible and what effects it will have on the deliverables, as well as on the remuneration and schedule. Within a decision period of the same length, the purchaser determines whether the change is to be made. If the supplier requests a change, the purchaser approves or rejects the substantiated request within a decision period of the same length.

The supplier is not entitled to refuse a change request from the purchaser if the change is objectively possible and the overall character of the deliverables remains the same.

The change of contractual specifications on deliverables and any resulting adaptations to the remuneration, deadlines and other contractual provisions are specified in a written amendment to the contract prior to execution of the change. The adjustment of the remuneration is calculated based on the original cost basis.

Unless otherwise agreed, the supplier continues the work as originally planned during the period in which the change requests are being reviewed.

10. Ownership of items provided by the purchaser.

Items provided by the purchaser, for example materials, samples, drawings, equipment such as test instruments, gauges and tools, remain the property of the purchaser and are to be designated and segregated accordingly (until the time of installation or use/consumption, if applicable).

Provided items are to be inspected thoroughly by the supplier upon receipt. These items are considered free of defects if no damage, defects and missing components are reported to the purchaser in writing within 5 working days.

As long as the provided items are in possession of the supplier, the supplier is obliged to keep an inventory of the items, without cost to the purchaser, and to diligently store, maintain and insure the items at own expense. Upon request by the purchaser, the supplier provides written proof of insurance and an updated inventory including information on the condition of the provided items.

The provided items may only be used as agreed. Unless otherwise agreed, the items are to be returned to the purchaser

after fulfilment of the contract, unsolicited and without cost to the purchaser.

11. Delivery deadline

The delivery deadline is governed by the contractual agreement. The delivery deadline is considered met once the delivery has taken place.

12. Default

In the event that the agreed schedule / delivery deadlines are not met, the supplier comes into default without further ado; in other cases the supplier is considered to be in default following a reminder by the purchaser which grants a reasonable period of grace.

No partial or advance deliveries are permitted without the approval of the purchaser.

The supplier informs the purchaser without delay and in writing of any emerging default, including the reasons and expected duration of the delay.

If the supplier is in default, a penalty of 1% of the overall remuneration for each day of delay is due, with a maximum of 10% of the total remuneration. This penalty is due even if the deliverables were accepted without reservation. This payment does not exempt the supplier from the other contractual obligations; however, it is credited against damages to be paid. Negligence by the purchaser and force majeure are excepted from this.

13. Right of withdrawal

The purchaser has the right to withdraw from the contract entirely or partially. The purchaser informs the supplier about such a withdrawal in writing. In such a case, the supplier is only entitled to compensation for work that has demonstrably been performed or verifiable expenses, as well as a reasonable margin of profit thereon, as long as the withdrawal was not due to non-performance or defective performance by the supplier.

The purchaser is only obligated to pay claims in accordance with section 13 to the extent that the supplier delivers the work begun to the purchaser free of third-party rights or claims.

14. Instructions and participation

The purchaser has the right to issue instructions. Instructions that have been issued can be changed or withdrawn. Electronically issued instructions are considered equal to instructions in writing, if they do not constitute a change to the contractual provisions. Mere suggestions and proposals from the purchaser are not considered to be instructions and are not of significance for proper contract fulfilment. All documents, information and permits, as well as all access, entry and usage rights required for providing the services, are provided to the supplier by the purchaser timely and in full.

15. Place of performance

If no deviating agreement has been made, the place of performance is the place of business of the purchaser.

With each shipment, the supplier includes a dispatch note with the respective order number and issues all necessary forwarding documents. If the goods are not transported directly to the purchaser, a separate copy of the dispatch note has to be sent to the purchaser.

Benefits and risks are transferred to the purchaser upon delivery of the goods at the place of performance or upon inspection/acceptance of the goods by the purchaser. If the required accompanying documents are missing, the purchaser stores the contractual object at the cost and risk of the supplier.

16. Inspection and acceptance

The supplier is obliged to subject the deliveries and services to the customary tests and inspections prior to shipment. If the purchaser demands additional tests and inspections, these have to be agreed upon separately. The purchaser inspects the goods within 5 working days after delivery. In case of installation by the supplier, the period starts after installation has been completed. The purchaser has to notify the supplier of any defects (including missing assurances) immediately and in written form. Submission of an inspection report that contains complaints is deemed to be notification of defects. The supplier is obliged to remedy the reported defects within the term specified by the purchaser, at the supplier's cost, and the purchaser has to provide the supplier with the opportunity to do so.

If the supplier has not successfully remedied the defects or did not provide a requested replacement delivery, the purchaser can claim damages, as well as:

- deduct an amount corresponding to the reduced value from the remuneration;
- or withdraw from the contract in whole or in part, but only in case of major defects;
- or demand the necessary documents (particularly the source code) – as far as no legal or contractual provisions are opposed to this – and perform the respective measures at supplier's risk and expense or have them performed by a third party, but only in case of major defects.

In the case of contracts for works and services (work contract), the supplier invites the purchaser in due time to the acceptance inspection.

If the acceptance inspection for a work contract reveals major defects, acceptance is postponed. The supplier remedies detected defects at own cost immediately and notifies the purchaser of a new acceptance inspection date. If minor defects are detected during the acceptance inspection for a work contract, acceptance takes place anyway with the completion of the acceptance inspection. The supplier remedies detected defects at own cost immediately. If the supplier did not or not successfully perform the requested rectification, the purchaser can resort to the options mentioned above.

A record of the acceptance inspection will be produced, which must be signed by the purchaser and the supplier or by their representatives. This record states that the acceptance has taken place, or that it only took place conditionally, or that a deadline for a new acceptance date has been set.

If, in the case of deliverables procured under a work contract, the purchaser foregoes an acceptance inspection, the contractual object is considered accepted upon successful start of productive operation.

17. Warranty / Liability

The supplier as specialist and in awareness of the purpose of the contractual object warrants that the contractual object shows the agreed material and legal properties and is suitable for the specified use. The supplier expressly guarantees that the supplier is entitled to deliver and/or provide the contractual object and services to SKAN AG, and that no legally effective third-party rights oppose the use of the contractual object.

If not agreed otherwise in the contractual document, the warranty rights lapse within two years after delivery and inspection of the goods, or, if an acceptance took place, within two years after acceptance of the goods in the case of defects on moveable goods and five years if the goods have been integrated into an immovable work in accordance with its intended use. After reported defects have been remedied, the warranty periods for the repaired part start anew, however, they are extended beyond the original warranty period by maximum one year. Deliberately concealed defects can be claimed for a period of ten years after delivery and inspection of the goods, or, if acceptance took place, for ten years after the acceptance.

Upon receipt of the purchaser's written request for rectification, the supplier is obliged to remedy, as soon as possible, all components of the deliverables that become defective or unusable prior to expiry of the warranty period as a result of poor material, deficient design or deficient workmanship. The supplier carries all costs resulting from rectification of defects. If no rectification takes place, or the rectification measures are not successful, the options as per number 16 above apply.

Spare part deliveries, maintenance and care by the supplier during the warranty period are deemed to be rectification, in so far as the supplier does not prove the contrary.

18. Non-performance, defective performance and their consequences

In all cases of defective performance or non-performance not explicitly governed in these terms and conditions, and which can be proven to be attributed to fault on part of the supplier, the purchaser is authorised to set the supplier an appropriate period of grace for the deliveries or services (deliverables) concerned, under threat of withdrawal in the event of non-compliance. If this period of grace elapses unused at the fault of the supplier, the purchaser can withdraw from the contract and demand reimbursement of any payments already made for the associated share of deliverables. The supplier is liable to the

purchaser for all direct and indirect damage resulting from non-performance or defective performance by the supplier.

19. Exclusion of further liability

All cases of contractual violation and resulting legal consequences, and in particular claims of the supplier, are regulated conclusively in these conditions. Any further claims are excluded. This exclusion of liability does not apply for intent or gross negligence by the purchaser, but does apply for intent or gross negligence of its auxiliary persons. In all remaining cases, this exclusion of liability does not apply as far as it is contrary to cogent law.

20. Investment protection

The supplier warrants to the purchaser that the contractual objects will be compatible with the supplier's developments for a period of at least 8 years after expiry of the warranty period for defects. The supplier warrants to the purchaser that spare parts and detachable components will be supplied for at least 10 years from delivery or inspection/acceptance. Furthermore, the supplier provides the purchaser with the opportunity to cover the all-time demand prior to discontinuing delivery. Deviating deadlines are to be specified in the contractual document.

Upon request by the purchaser, the supplier maintains and supports the hardware and software for a period of at least 8 years after expiry of the warranty period, in accordance with the General Purchase Conditions of the purchaser.

If (due to seizure, impending bankruptcy, composition procedures or other reasons) the supplier can no longer provide his services or have them provided by third parties at the same conditions or offer an economically equivalent alternative, the purchaser can provide the services or have them provided by third parties. In this case, the purchaser is entitled, without further ado, to access the source code or other documents of the supplier and use them, in as far as this is required for the maintenance and support of the software and hardware.

To ensure that the obligation to provide information - under the conditions of the warranty or for maintenance of the software - is met, the purchaser can at any time request that the supplier documents required for operation is stored at a trusted company or third party at the expense of the supplier or on a system stipulated by the purchaser and protected by technical measures, and that these documents are kept up to date. This provision does not release the supplier from fulfilling the contractual obligations. The same applies analogously for hardware.

After expiry of the warranty period, spare parts are delivered by the supplier against payment, which is calculated using the original cost basis, or, if no such basis exists, at competitive conditions.

21. Environmental protection

The supplier undertakes to observe the environmental regulations that apply at the place of performance.

22. Export controls, customs related and foreign trade data

Supplier shall comply with all applicable national and international export control, customs and foreign trade provisions („Foreign Trade Law“). Supplier is obliged to provide SKAN together with the order confirmation - at the latest at the time of delivery - and additionally in case of any changes without undue delay - with all information and data in written form, which SKAN needs to comply with Foreign Trade Law in case of exports, imports, reexports and transfers, including, but not limited to:

(i) If applicable any correct export control list positions, namely the control positions in:

for military items (items, specially designed, adapted or modified for military applications):

- Annex 3 to the Swiss Güterkontrollverordnung (GKV)
- Part I A of the Export List (Ausfuhrliste) to the German Foreign Trade and Payments Ordinance (Aussenwirtschaftsverordnung), so called “Ausfuhrlistennummern”,
- U.S. Munitions List (USML) - International Traffic in Arms Regulation (ITAR)

for Dual-use-items:

- Annex 1, 2 to the Swiss Güterkontrollverordnung (GKV)
- Annex I EC Regulation No 428/2009
- the U.S. Commerce Control List (so called Export Control Classification Number - ECCN)];

(ii) The statistical (or customs) commodity code goods number according to the current goods directory for foreign trade statistics and the HS (Harmonized System) Code with at least 6 digits, for suppliers located in the EU and in CH 8 digits;

(iii) the country of origin (non-preferential origin) and, upon request by SKAN, supplier's declarations for the preferential origin (in case of suppliers within the EU) or preferential certificates (in case of non-EU suppliers).

(iv) If applicable classification, identification parameters and legal foundation (regulation, act etc.) for items specified in lists that identify restricted items. like chemical substances, precursors, drugs, pharmaceuticals etc.

Supplier shall be liable for any expenses and/or damages incurred by SKAN due to any breach of the Supplier's] obligations as described under this clause, unless the Supplier is not responsible for such breach.

23. Permits

Unless expressly otherwise agreed in writing, the supplier takes all measures required to obtain further official permits or licenses needed for the provision of the contractual obligations and for using the products delivered to the purchaser in accordance with the contractually stipulated intended use. If the purchaser has to apply for such authorizations or licenses, the supplier provides the purchaser with appropriate support, particularly as regards the procurement of needed information and data.

24. Emerging intellectual property rights

Intellectual property rights (copyrights, patent rights etc.) that are created during the fulfilment of the contract, particularly on deliverables which supplier has developed specially for the purchaser - such as works, concepts, hardware and individual software including source code, program descriptions and documents in written or machine-readable form - belongs to the purchaser, unless otherwise agreed in the contract.

Intellectual property rights (copyrights, patent rights etc.) that are created during the fulfilment of the contract, but that are not part of the contractual object, belong to:

- the purchaser, if they were created by the purchaser's employees; or to the supplier if they were created by the supplier's employees or by subcontractors enlisted by the supplier;
- the purchaser and the supplier, if they were created jointly by employees of the purchaser and the supplier, or by third parties enlisted by them. The parties refrain from mutually charging license fees and can transfer their rights to third parties or grant rights of use to third parties without the approval of the other party.

Both parties are entitled to use and dispose of ideas, procedures and methods which are not protected by law, but without being under the obligation to disclose them.

25. Pre-existing intellectual property rights

The supplier or any third party retains any pre-existing intellectual property rights (copyrights, patent rights etc.). Where third-party rights are involved, the supplier warrants that the supplier owns the relevant distribution rights and rights of use and disposal.

On existing intellectual property rights, the purchaser is given a temporally, spatially and factually unlimited, non-exclusive, transferable right of use within the scope of the contract. The supplier undertakes not to use these existing intellectual property rights as basis for rights that could be opposed to the intended usage and distribution options for the contractual object. In case of standard software, this right includes the use on the hardware foreseen in the contractual document and its successor systems. In case of a changed operating system or higher performance class, the change and extension of the rights of use requires the approval of the supplier. The supplier may only deny the approval for important reasons. The changes and extensions of the rights of use are calculated according to the original cost basis.

The purchaser is entitled to make copies of the standard software for data backup and storage purposes. In case of a failure of the contractually specified hardware, the purchaser is entitled to use the standard software on replacement hardware without any additional compensation.

Both parties are entitled to use and dispose of ideas, procedures and methods which are not protected by law, but without being under the obligation to disclose them.

26. Infringement of intellectual property rights

The supplier contests, at own cost and risk, any third party claims arising from infringement of intellectual property rights. If a third party initiates a lawsuit against the supplier, the supplier immediately informs the purchaser in writing. If the third party raises direct claims against the purchaser, the supplier shall participate, upon the purchaser's first request, in the dispute in accordance with the possibilities of the respective legal procedure. The supplier undertakes to bear all costs (including damages) accruing to the purchaser from the lawsuit and its possible settlement out of court. In case of a settlement out of court, the supplier shall only assume the payment to the third party if the supplier has previously agreed to it.

If, due to claims based on intellectual property rights, it is made impossible for the purchaser to use the contractually owed deliverables in whole or in part, the supplier has to either change the deliverables in such a way that they do not infringe on third party rights and still correspond to the contractually owed scope of delivery, or obtain at own expense a license from the third party. If the supplier does not realise one of these possibilities within a reasonable period, the purchaser may withdraw from the contract with immediate effect and return the deliverables concerned to the supplier against full refund and indemnification.

27. Confidentiality

The parties treat as confidential all information that is neither generally known nor generally accessible and uses the information only for the purpose of fulfilling the concluded contract. Furthermore, the parties ensure that their personnel and enlisted specialists also treat the information as confidential. In case of doubt, all information is to be treated confidentially. Confidential information of a party does not include information which:

- was already known to the other party, before it was made accessible by the disclosing party;
- is or becomes generally known without the other party being responsible;
- was disclosed to the other party by a third party lawfully and without any transfer restrictions;
- was developed by the other party without using or referring to the confidential information of the protected party;
- has to be disclosed based on a legally binding decision of a court of law, regulatory body, administrative agency or other authority. In this case the party under the obligation to disclose has to inform the other party immediately about the decision and has to support

protective measures the other party may want to take.

This obligation of confidentiality already exists prior to the contract conclusion and remains in effect for a period of 10 years after termination of the contractual relationship.

The disclosure of information to third parties is not permitted without the approval of the other party. The companies of the SKAN AG, particularly the SKAN AG Holding AG as well as its subsidiaries and enlisted specialists (lawyers, auditors, experts) are not third parties in terms of this agreement. If the approval is given, the obligations of confidentiality are to be transferred to the receiving third party.

Advertising and publications about specific services in connection with the contractual relationship require the written approval of the other party. Without the written approval of the purchaser, the supplier may not advertise the fact that a cooperation between the parties exists or existed and may not give the purchaser as a reference.

If a party violates the above-mentioned obligations of confidentiality, the violating party owes, unless otherwise agreed, a payment to the other party, unless the violating party can prove that it was not at fault. For each case, the payment amounts to 10% of the total remuneration for purchase, work and similar contracts or 10% of the annual remuneration for continuing obligations, but no more than CHF 50,000.00 per case. This payment does not relieve the violating party from the obligation of confidentiality; but it is credited against the damages to be paid. Possible penal consequences remain reserved.

28. Compliance

The supplier complies with applicable legal standards, particularly with the competition and antitrust laws, occupational safety and child protection provisions.

The supplier commits to not accepting financial or other favours, if in return the giving party expects an unjustified advantage or is rewarded. The supplier also commits to observing the Convention on Combating Bribery of Foreign Public Officials in International Business Transactions, concluded within the OECD on 17 December 1997, analogously when conducting private business transactions.

The supplier contractually commits his personnel, subcontractors, sub-suppliers and other third parties enlisted for the fulfilment of the contract to comply with this clause.

If the supplier violates the above-mentioned compliance commitments, the supplier owes a contractual penalty, unless the supplier can prove that the supplier was not at fault. For each case of violation this penalty amounts to 10% of the total remuneration or 10% of an annual remuneration in case of a recurring remuneration, but no more than CHF 50,000.00. This payment does not relieve the supplier from the contractual obligations.

29. Assignment and pledging

The contractual relationship or rights and duties resulting therefrom can only be assigned or pledged after previous written approval of the other party. Apart from that, the purchaser is entitled to assign rights and duties from the contract to another company in the SKAN AG Group at any time.

30. Verification

After written advance notification of at least 15 days and during normal working hours at the supplier's place of business, the supplier provides the purchaser, or an independent auditing company commissioned by the purchaser and acting in strict secrecy for the supplier's protection, with all documents which are needed to examine the compliance with the provisions of the present contract, particularly of the development and production of the contractual products of the supplier.

All costs and expenses in connection with the verification are carried by the purchaser. If the verification shows that the supplier did not comply with the provisions of the present contract, the supplier has to assume all costs and expenses for the verification.

To perform inspections and audits, authorized representatives of the purchaser, after due identification, is to be given free access to all areas in which the contractual object is manufactured, tested or stored.

Upon request any desired information regarding the contractual object is to be given to this personnel and the requested documents are to be presented.

31. Severability clause

Should provisions contained in these General Purchase Conditions be invalid in whole or in part, be impracticable or incomplete, then another provision resulting in an appropriate reconciliation of interests for both parties to the contract from a sensible, objective perspective will take its place or be used to close a loophole.

Should individual provisions prove invalid, the validity of the other provisions remains unaffected.

32. Legal validity

These General Purchase Conditions replace earlier General Purchase Conditions of the purchaser. The supplier acknowledges all items in these General Purchase Conditions upon placement of any order.

33. Applicable law

These General Purchase Conditions as well as the contracts which are concluded on the basis of these General Purchase Conditions are governed by substantive Swiss law. The provisions in the United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods do not apply.

34. Miscellaneous

All rights and duties of the supplier and purchaser that are not listed in the General Purchase Conditions are to be handled in accordance with the legal regulations at the place of business of the purchaser. Deviations, amendments and supplements to these General Purchase Conditions, including subsidiary agreements, require the written form in order to be effective. Any publication or press releases concerning the activities for and with the purchaser are only permitted when the purchaser has granted prior written permission. In the event of discrepancies between the different language versions of these General Purchase Conditions, the German version takes priority.

35. Court of jurisdiction

The place of jurisdiction for all disputes arising from the contractual relationship shall be the registered office of the ordering SKAN company.

Allschwil, 30.06.2021